



iran-report

Nr. 09/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Modjahedin der Islamischen Revolution: Nordkorea als Vorbild? / Erste gemeinsame Sitzung des Parlaments mit der Regierung / Chameneis Vertreter bei der Tageszeitung Keyhan fordert Terroranschläge in Europa und den USA / Auseinandersetzung bei Protestdemonstration in Teheran / Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi erhält den „Leibniz-Ring-Hannover“ / Rund 180 Frauen wegen Missachtung der Kleidungsvorschriften festgenommen / Peitschenhiebe für lautes Autoradio / Filmkritiker wegen Lob für Salman Rushdie im Gefängnis

II. Wirtschaft

Wiederaufnahme der Inlandsflüge / Iran und Afghanistan gründen gemeinsame Kommission / Iranische Botschaften sollen mehr um Auslandsinvestitionen werben / Erste offiziell zugelassene BMWs in den Iran geliefert

III. Außenpolitik

Teheran attackiert USA und Israel / Konflikt zwischen Iran und Irak spitzt sich zu / Internationale Konferenz zur Lösung des Irak-Konflikts vorgeschlagen / Iran testet neue Version der Mittelstreckenrakete Schahab-3 / Angaben zum iranischen Atomprogramm / Interview des deutschen Botschafters in Teheran mit der Tageszeitung Schargh / Iran kauft in Deutschland Technologie für Atombomben / Deutscher Forscher will in Iran erdbebensichere Häuser bauen



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 10/2004 Anfang Oktober) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im September 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

I. Innenpolitik

Modjahedin der Islamischen Revolution: Nordkorea als Vorbild?

Die Modjahedin der Islamischen Revolution, die den linken Flügel des Regierungslagers vertreten und zu den wichtigsten Organisationen der islamischen Reformbewegung zählen, haben sich mit einer öffentlichen Erklärung „An das iranische Volk“ gewandt. „Die innen- und außenpolitischen Ereignisse der letzten Monate zeigen eine besorgniserregende Entwicklung, die das Land im Falle ihrer Fortsetzung in weit schwerere Krisen als bisher stürzen wird“, heißt es in der Erklärung.

Signale der nahenden Katastrophe seien: innenpolitisch die Fortsetzung der Verbote reformorientierter Zeitungen, die zunehmenden Einschränkungen politischer und gesellschaftlicher Freiheiten, die Schwächen der Staatsführung, wozu auch die Schließung des neu eröffneten Imam Chomeini Flughafens sowie die Schließung des internationalen Messegeländes gehöre. In der Außenpolitik sähe es nicht besser aus. Eine Verurteilung des iranischen Atomprogramms auf der nächsten Sitzung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) sei so gut wie sicher. Wahrscheinlich werde die Akte Irans dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt werden. Hinzu kämen die zunehmende Trübung der Beziehungen Irans zur EU, das Scheitern der Verhandlungen mit der Türkei und die sich verschärfenden Konflikte mit dem Irak. All dies könne für die Zukunft des Landes verheerende Folgen haben.

Der gegenwärtige Zustand stehe in direktem Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom Februar. Genauso wie die freien Präsidentschaftswahlen von 1997 der Welt signalisiert hätten, dass Iran sich auf dem Wege der Demokratie befinde und der islamische Staat die Forderungen des Volkes akzeptiere, hätten die manipulierten Parlamentswahlen im Februar den Staat sowohl innen- als auch außenpolitisch diskreditiert und das Land in immer tiefere Krisen geführt.

Zwar seien die Folgen der Wahlmanipulationen bzw. der Missachtung des Volkswillens vorauszusehen gewesen. Doch man hätte erwarten können, dass die Machthaber behutsamer vorgegangen wären und zumindest bis zu den Wahlen

des Staatspräsidenten im nächsten Jahr mit ihren repressiven Maßnahmen gewartet hätten. Dabei scheine alles, was bisher geschehen sei, erst der Anfang zu sein. Pläne wie die Trennung von Frauen und Männern an den Universitäten und Hochschulen, der Zwang zum Tragen von einheitlicher Kleidung, weitere Einschränkungen von Freiheiten, sogar die der gewählten Volksvertreter, der Beschluss zur Anreicherung von Uran und dergleichen mehr sollen nun folgen. Im Parlament sei sogar gefordert worden, Iran solle den Atomsperrvertrag kündigen.

Manche hätten geglaubt, die Machthaber hätten die Absicht, das „Modell China“ zu übernehmen, das heißt bei Einschränkung politischer Freiheiten die Zügel im gesellschaftlichen Alltag zu lockern, die internationalen Kontakte aufzubauen und das Land wirtschaftlich so rasch wie möglich zu entwickeln. Doch alles deute darauf hin, dass das Vorbild der Machthaber nicht China, sondern Nordkorea sei.

Kurzfristig würden die Machthaber ihre von radikalen Parolen geprägte, rückwärts gerichtete Politik fortsetzen können, da im Hinblick auf die Ereignisse im Irak ein Angriff durch die USA wohl kaum möglich sei. Aber innenpolitisch würden die Maßnahmen sicherlich spürbare Folgen haben. Wie es scheine, glauben die Konservativen durch außenpolitische Krisen von innenpolitischen Problemen ablenken und sie als Vorwand benutzen zu können, um die von ihnen angestrebte Diktatur vorzubereiten. Feindschaft nach außen und Despotie nach innen solle auch über die Wahl des Präsidenten im nächsten Jahr entscheiden. Doch gerade diese Wahl sei für die Zukunft des Landes entscheidend. Eine Macht, die im besten Falle nur zehn Prozent der Bevölkerung hinter sich habe, werde diese Wahl schwerlich gewinnen können, es sei denn durch massive Manipulationen. Daher müsse das Volk aktiv an der Wahl teilnehmen. Jede Passivität werde den Abenteurern, die eine neue Diktatur in Iran errichten wollen, zugute kommen. Deshalb rufen die Modjahedin der Islamischen Revolution alle Parteien, Organisationen, Verbände und alle Demokraten dazu auf, sich politisch zu engagieren und auf die Wahl im nächsten Jahr vorzubereiten, mit dem Ziel, Demokratie und Freiheit im Inland und eine Politik des Friedens und der Freundschaft nach außen zu erreichen.

Erste gemeinsame Sitzung des Parlaments mit der Regierung

Die erste gemeinsame Sitzung des von Konservativen beherrschten Parlaments mit der von den Reformern geführten Regierung sollte, wie von führenden Mitgliedern der Fraktion der Konservativen angekündigt, den beiderseitigen Willen zu enger Zusammenarbeit demonstrieren. Doch die Sitzung entwickelte sich zu einer Generalabrechnung der Kontrahenten. Zunächst standen aktuelle Themen wie der vierte Entwicklungsplan, Gleichberechtigung der Geschlechter, die Diskussion über „politische Straftaten“ und der Konflikt mit der Internationalen Atombehörde im Vordergrund. Auch die Äußerungen des Regierungssprechers Abdollah Ramezanzadeh, der den Vorschlag einiger Abgeordneter, an Universitäten und Hochschulen eine Trennung von Geschlechtern vorzunehmen, als „Talibanismus“ bezeichnet hatte, lieferte Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen. Doch dabei blieb es nicht. Die immer schärfer werdende Debatte mündete schließlich in eine Generalabrechnung über die vergangenen Jahre, in denen, wie Präsident Chatami einmal sagte, alle neun Tage seitens der Reformgegner eine neue Krise heraufbeschworen wurde. Dabei kamen auch die „Kettenmorde“ von 1999 zur Sprache. Insgesamt betrachtet, kann die Sitzung als Auftakt eines neuen Kapitels in dem seit Jahren andauernden Streit zwischen Reformern und Konservativen bezeichnet werden. Sie machte noch einmal deutlich, wie weit die Auffassungen der beiden Lager voneinander entfernt liegen.

Die Sitzung war nicht öffentlich. Im Abschluss versuchten die Moderatoren auf beiden Seiten, die zerschlagenen Scherben zu kitteln. Aber auch sie konnten die Differenzen nicht unter den Teppich kehren. Parlamentspräsident Hadad Adel meinte, die Konflikte, die zwischen der Regierung und dem Parlament zum Vorschein kamen, seien unbedeutend gewesen. Es sei selbstverständlich, dass Parlamentsabgeordnete die Regierung in einigen Punkten kritisieren. Dadurch werde die Regierung nicht geschwächt, sondern gestärkt. „Der Staatspräsident muss froh sein, dass rund dreihundert Abgeordnete, die das Vertrauen des Volkes genießen, die Regierung kritisch begleiten“, sagte Adel.

Vizepräsident Hamid Reza Abtahi berichtete der studentischen Nachrich-

tenagentur ISNA von heftiger Kritik der Ausschussvorsitzenden an der Regierung. Die Kritik habe sich vorwiegend gegen die Wirtschaftspolitik, die Kultur- und Außenpolitik der Regierung gerichtet. Auch seien Missachtungen der Kleidungsvorschriften zur Sprache gekommen. Der Parlamentspräsident habe sich vor allem über öffentliche Stellungnahmen der Regierung zum Parlament, das seitens der Reformen als „fundamentalistisch“ bezeichnet worden sei, beschwert.

Tatsächlich hatte Regierungssprecher Ramezanzadeh das Parlament des „Talibanismus“ bezichtigt. Anlass zu dieser Äußerung lieferte ein Vorschlag der Abgeordneten Najerreh Achawan aus Isfahan, die die Trennung von Männern und Frauen an den Universitäten und Hochschulen gefordert hatte. (siehe Seite 6 in diesem Report)

Nach Aussagen des Präsidiumsmitglied Hamid Reza Hadji Babai kam bei der Sitzung auch das iranische Atomprogramm zur Sprache. Dabei habe Präsident Chatami betont, dass Iran unter keinen Umständen von seinen Prinzipien abweichen werde. Seine Regierung sei davon überzeugt, dass Iran das Recht habe, die moderne Technologie einzusetzen und weiter zu entwickeln. „Die Nutzung der Nukleartechnologie ist unser verbrieftes Recht“, zitierte Babai Präsident Chatami. Die Abgeordneten hätten geschlossen Chatami aufgefordert, diese klare Politik auch dem Ausland gegenüber zu vertreten.

Empörung unter den Reformern löste vor allem die Stellungnahme des Abgeordneten Alaeddin Borudjerdi aus. Er bezog sich auf die Informationspolitik der Regierung nach den Kettenmorden von 1999 und sagte: „Viele Geheimdienste in der Welt unternehmen Aktionen, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren.“ Bezüglich der Kettenmorde hätte sich der Staatspräsident nicht öffentlich äußern müssen. Tatsächlich hatte seinerzeit Chatami zu den Morden Stellung genommen und sie schärfstens verurteilt. Unter öffentlichem Druck gab dann auch das Informationsministerium zu, dass Angestellte des Geheimdienstes die Morde geplant und durchgeführt hatten.

Chameneis Vertreter bei der Tageszeitung Keyhan forderte Terroranschläge in Europa und USA

Hossein Schriatmadari, Vertreter des Revolutionsführers Ali Chamenei bei der Tageszeitung Keyhan, der als Chefideologe der rechten Islamisten gilt, hat in einem Leitartikel den Revolutionsführer mit den Worten zitiert: „Die Gläubigen des Islam und das irakische Volk werden sicherlich auf die Verbrechen der USA eine entsprechende Antwort geben.“ Ausgehend von diesem Zitat folgerte er: „Nun müssen sich nicht nur die Verantwortlichen des Staates, sondern auch die Massen der Gläubigen in Iran auf eine gebührende Antwort vorbereiten. Wenn „unschuldige Kinder und schutzlose Männer und Frauen in Nadschaf, Samereh, Nasserieh ... dem Vandalismus amerikanischer, britischer, italienischer Militärs ausgesetzt sind ..., dann wäre es logisch, wenn die Angehörigen dieser Vandalen in ihren Häusern bestraft werden und den bitteren Geschmack dessen, was die irakische Bevölkerung erlebt, zu spüren bekommen.“ Schariatmadari fährt fort: „Sind wir etwa nicht in der Lage, in den sicheren Zentren in denen diese Menschen leben, ihnen die Sicherheit wegzunehmen?“

Auseinandersetzungen bei Protestdemonstration in Teheran

Bei staatlich organisierten Protesten gegen Angriffe von Koalitionstruppen auf schiitische Milizen im Irak ist es nach Polizeiangaben in Teheran zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Etwa ein Dutzend Islamisten hätten versucht, Polizeiabsperrungen zu durchbrechen und die britische Botschaft anzugreifen, sagte ein Polizeisprecher.

An der Demonstration, die im Anschluss an das Freitagsgebet stattfand, hatten sich mehre Tausend Männer und Frauen beteiligt. Zuvor hatte der Vorsitzende des einflussreichen islamischen Wächterrats, Ajatollah Ahmad Djannati, die USA scharf angegriffen. Der Grund für die US-Offensive in der irakischen Pilgerstadt Nadschaf sei die Aussicht der Errichtung eines islamischen Staates im Irak, sagte der Prediger.

Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi erhält „Leibniz-Ring-Hannover“

Wie die Fernsehmoderatorin Sabine Christiansen bekannt gab, erhält die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi den mit 15.000 Euro dotierten „Leibniz-Ring-Hannover“. Damit würdigt der Presse Club Hannover die Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Ebadi. Die Preisverleihung wird im Oktober in Hannover stattfinden.

Indes gab Ebadi in Teheran der Presse gegenüber bekannt, dass sie mehrfach mit Mord bedroht wurde. Sie wurde aufgefordert, ihre Aktivitäten einzustellen, andernfalls werde sie getötet werden. Ferner berichtete Ebadi, dass das Eisengitter um ihr Privathaus trotz ständiger Wache zerstört worden sei. „Damit soll offenbar demonstriert werden, dass man mich auch in meinem eigenen Haus überfallen könnte“, sagte Ebadi.

Doch die Drohungen scheinen die Nobelpreisträgerin nicht an ihren Aktivitäten zu hindern. Sie hat sich in den letzten Wochen insbesondere um den Tod der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi gekümmert. Die Journalistin wurde während der Untersuchungshaft im Teheraner Evin-Gefängnis schwer misshandelt. An den Folgen der schweren Schläge auf den Kopf starb sie im Krankenhaus. Bei dem Prozess, der ohne Ergebnis abgeschlossen wurde, vertrat Ebadi die Hinterbliebenen. Inzwischen hat sie die Neuaufnahme des Prozesses beantragt. Sie sagte bei einer Pressekonferenz, man hätte sehr schnell den Täter finden und verurteilen können. Doch inzwischen sei der Fall zu einem Politikum geworden.

Tatsächlich beharrt vor allem die kanadische Regierung auf die Aufklärung des Falls. Der kanadische Außenminister bezeichnete den Mord als „Terror“. Ebadi sagte, dieser Fall habe dem Ansehen Irans erheblich geschadet. Es gäbe keine Interessen, die höher bewertet werden könnten als die nationalen Interessen und es gäbe keinen höheren Wert als Gerechtigkeit. Daher müsse der Fall unbedingt aufgeklärt werden. „Ich werde mich als Anwältin der Familie Kazemi für die Aufklärung dieses Falls einsetzen, selbst dann, wenn ich mein Leben dabei riskieren sollte“, sagte Ebadi. „Sollte ich an der iranischen Justiz scheitern, werde ich mich an internationale Instanzen und an die Vereinten Nationen wenden.“

Rund 180 Frauen wegen Missachtung islamischer Kleidervorschriften festgenommen

Der Sieg der Konservativen bei den Parlamentswahlen bedeutet, dass die Kleidervorschriften für Frauen, die sich in den vergangenen Jahren gelockert hatten, wieder strenger gehandhabt werden. So wurden (nach einem Bericht der Tageszeitung Schargh) Anfang August innerhalb einer Woche mehr als 180 Frauen wegen Verletzung der Kleidervorschriften festgenommen. Allein in der zentraliranischen Provinz Semnan seien 132 „unzulänglich verhüllte“ Frauen abgeführt worden; 69 von ihnen sollen vor Gericht gestellt werden. Die Sittenpolizei habe weitere 1250 Frauen wegen Verstößen gegen die Kleiderordnung verwarnt. Im nördlichen Verwaltungsgebiet Gilan wurden weitere 51 Frauen und Mädchen festgenommen.

Nach Berichten von Augenzeugen habe die Sittenpolizei in Einkaufszentren, Cafés und Restaurants reihenweise junge Frauen im Teenageralter zur Rede gestellt. Auch bei privaten Feiern würden vermehrt Razzien stattfinden.

Beim Verstoß gegen islamische Kleidervorschriften drohen bis zu zwei Monaten Gefängnis oder eine Geldstrafe von bis zu 50.000 Tuman (rund 52 Euro).

Die Einhaltung islamischer Sitten und Moralvorstellungen, wozu auch die Kleidervorschriften gehören, zählte auch zu den ersten und wichtigsten Themen, mit denen sich das im Februar dieses Jahres gewählte Parlament beschäftigte. Zahlreiche Abgeordnete beklagten, dass in den letzten Jahren die Vorschriften gelockert worden seien und „Verderben und Unmoral sich in einer für den Islam bedrohlichen Weise verbreitet“ hätten. Es wurde vorgeschlagen, eine „Sonderkommission für moralische Führung“ zu bilden.

Die Parlamentsabgeordnete Nayereh Achawan ging sogar soweit, dass sie eine Geschlechtertrennung an den Universitäten und Hochschulen verlangte. Sie forderte die Regierung auf, entschiedene Maßnahmen „zur Wahrung der Keuschheit der Frauen“ zu ergreifen. Unter anderem solle die Regierung eine strikte Trennung von Männern und Frauen an den Universitäten und Hochschulen vornehmen. Achawan, die im Parlament Mitglied des Justizausschusses ist, warnte vor den „gesellschaftli-

chen Folgen“, die eintreten könnten, „wenn Frauen die Grenzen des Glaubens und der Moral überschreiten“ würden. Die Voraussetzung für eine „saubere Atmosphäre“ im Land werde durch strenge Einhaltung der Kleidervorschriften geschaffen. Eine Vermischung der Geschlechter an den Universitäten und Hochschule hätte auch negative psychologische Folgen, die zu „Verhaltensstörungen“ führen könnten.

Regierungssprecher Ramezanzadeh hatte diese Äußerungen als „Talebanismus“ bezeichnet.

Peitschenhiebe für lautes Autoradio

Wie die Nachrichtenagentur IRNA meldete, soll künftig in der Provinz Hamadan lautes Musikhören im Auto mit Gefängnis und 74 Peitschenhieben bestraft werden. In der von der Justiz der Provinz im Nordwesten des Landes herausgegebenen Verordnung heißt es: „Lautes Musikhören, egal welcher Art, im Fahrzeug wird als Vergehen bewertet. Lärm oder jegliches anormales Verhalten, das die Ordnung und den öffentlichen Frieden stört, stellt ein Delikt dar, das mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr begleitet von 74 Peitschenhieben bestraft wird.“

Filmkritiker wegen Lob für Salman Rushdie im Gefängnis

Ein iranischer Filmkritiker wurde wegen positiven Äußerungen über Salman Rushdies Roman „Die satanischen Verse“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er müsse zudem eine Geldstrafe von umgerechnet 10.000 Euro bezahlen, meldete die studentische Nachrichtenagentur ISNA. Ferner wurde dem Kritiker vorgeworfen, alkoholische Getränke konsumiert zu haben. Der Name des Kritikers wurde nicht genannt.



II. Wirtschaft

Wiederaufnahme der Inlandsflüge

Die vier privaten Fluggesellschaften Aseman, Kaspian, Mahan und Kisch Air hatten in einem Brief an Staatspräsident Chatami mitgeteilt, dass sie aufgrund der hohen Benzinpreise und der niedrigen Flugpreise ihre Inlandsflüge einstellen werden. In der Tat müssen private Fluggesellschaften einen weit höheren Benzinpreis hinnehmen als die staatlichen Fluggesellschaften. Während die staatliche Fluggesellschaft Iran Air für einen Liter Benzin 80 Tuman (etwa 5 Cent) bezahlt, müssen private Gesellschaften fast dreimal soviel, das heißt für einen Liter 234 Tuman bezahlen. Nach Aussagen der Vertreter privater Fluggesellschaften liege der Preis für eine Flugstunde im Inland bei niedrigen 22 Dollar. Das sei halb soviel wie der internationale Durchschnittspreis. Dieser Preis sei nicht mehr zu halten.

Die angekündigte Aussetzung der Flüge zeigte offenbar ihre Wirkung. In Anbetracht der Tatsache, dass die Privatgesellschaften etwa 30 Prozent des inländischen Lufttransports innehaben, erklärte sich die Regierung bereit, ihnen gegenüber gewisse Zugeständnisse zu machen. Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh sagte bei seiner wöchentlichen Pressekonferenz, die Aussetzung der Flüge sei nicht hinnehmbar, räumte jedoch ein, dass die Privatgesellschaften mit großen finanziellen Problemen belastet seien. Er gestand den Gesellschaften zu, dass sie sich angesichts der hohen Kosten auf dem Markt nicht mehr behaupten könnten. Deshalb werde sich die Regierung mit diesem Thema befassen und rasch nach Auswegen suchen, sagte der Regierungssprecher.

Nach Zeitungsberichten werde die Regierung einer Erhöhung der Flugpreise um 35 Prozent zustimmen und den Benzinpreis auf 140 Tuman reduzieren. Sollten die Berichte zutreffen, würde sich die Regierung im Widerspruch zum Parlament befinden, das gegen jegliche Preiserhöhung wichtigster Güter gestimmt hat. Zudem muss berücksichtigt werden, dass der Topf für Subventionen im Staatshaushalt bereits ein Loch hat: 120 Milliarden Tuman (rund 120 Millionen Euro) fehlen. Es ist also nicht klar, aus welcher Quelle zusätzliche Subventionen gedeckt werden sollen. Handelsminister Mohammad Schariatmadari erklärte der Nachrichtenagen-

tur IRNA gegenüber: „Ohne zusätzliche Mittel sind wir nicht in der Lage, die Stabilität der Preise zu sichern“. Nach Meinung des Ministers gäbe es keinen anderen Weg, als eine Erhöhung der Preise wichtigster Güter um zehn bis fünfzehn Prozent zuzulassen.

Die iranische Luftfahrtindustrie befindet sich seit Jahren in einer Krise, die sich zunehmend vertieft. Nach Meinung von Experten stehe die Branche kurz vor dem Kollaps. Ohne staatliche Subventionen hätten die Fluggesellschaften längst Konkurs anmelden müssen.

Bereits vor zwei Jahren hatte die Regierung im Parlament eine Preiserhöhung um 35 Prozent beantragt. Verkehrsminister Ahmad Chorram hatte gewarnt, ohne eine Preiserhöhung würden die Fluggesellschaften innerhalb von drei bis vier Jahren zugrunde gehen.

Ein weiteres Problem, mit dem die iranische Luftfahrt konfrontiert ist, ist der Wirtschaftsboykott, den die USA seit 25 Jahren über Iran verhängt haben. Durch die Sanktionen sind die Fluggesellschaften nicht in der Lage, Ersatzteile zu importieren und die Maschinen zu modernisieren. Iran versuchte das Problem durch den Kauf von russischen Flugzeugen oder gebrauchten Flugzeugen aus anderen Ländern zu lösen. Doch der Absturz einiger russischer Maschinen und die erzwungene Stilllegung gebrauchter Flugzeuge schufen zusätzliche Probleme und finanzielle Verluste. Iran besitzt 70 Flugzeuge, deren durchschnittliches Alter bei 23 Jahren liegt. Im vergangenen Jahr wurden 19 Flugzeuge aus Altersgründen stillgelegt, ohne sie durch neue Maschinen ersetzen zu können. Da scheint ein Überleben der iranischen Luftfahrtindustrie nur mit staatlichen Subventionen möglich zu sein.

Iran und Afghanistan gründen gemeinsame Kommission

Die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission zwischen Iran und Afghanistan wurde vor zwei Jahren von den Regierungen beider Länder beschlossen. Um den Plan umzusetzen, reiste nun der Stellvertretende Finanzminister Irans, Mohsen Safai Farahani, mit einer Wirtschaftsdelegation nach Kabul. Dabei wurde beschlossen,



im kommenden Winter die Kommission zu gründen.

Ziel der Kommission, die im Winter in Teheran tagen wird, ist, iranische Hilfeleistungen und den Aufbau Afghanistans zu organisieren und die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder weiterzuentwickeln.

Aschraf Ghani Ahmadzi, Afghanistans Finanzminister sagte, die wichtigste Aufgabe der Kommission bestehe in der praktischen Umsetzung der wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Iran und Afghanistan, Vereinbarungen, die bislang nur „auf dem Papier stehen“. Ferner solle die Kommission sich darum bemühen, Aktivitäten iranischer Privatunternehmen in Afghanistan zu erleichtern.

Iran hatte sich zu einer finanziellen Hilfeleistung an Afghanistan in Höhe von 250 Millionen Dollar verpflichtet. Ein großer Teil davon soll für den Straßenbau verwendet werden. Aus eben diesen Mitteln wurde vor zwei Jahren mit dem Bau der 110 Kilometer langen Schnellstraße zwischen der westafghanischen Stadt Harat und der iranischen Grenze begonnen. Sie soll demnächst dem Verkehr übergeben werden. Beim Besuch der iranischen Wirtschaftsdelegation in Kabul wurde vereinbart, die Straße bis Kotal Sabzak, zweihundert Kilometer nordöstlich von Harat zu verlängern.

Das wichtigste Projekt, das bei dem Treffen der Finanzminister beider Länder in Kabul vereinbart wurde, ist der Bau von Eisenbahnschienen in den Provinzen Harat und Badghis. Dadurch soll der Schienenweg von Afghanistan über Iran zu den freien Gewässern und nach Europa vervollständigt werden. Safahi Farahani sagte auf der gemeinsamen Pressekonferenz, das inneriranische Schienennetz werde ebenfalls bis zu den Grenzen Afghanistans ausgebaut.

Vor kurzem hatten sich die Verkehrsminister aus Afghanistan, Iran und Tadschikistan in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbeh getroffen und den Bau eines Straßennetzes beschlossen, das die drei Länder miteinander verbinden soll. Das Projekt soll bis 2007 abgeschlossen sein.

Iranische Botschaften sollen mehr um Auslandsinvestitionen werben

Angehörige iranischer Botschaften im Ausland haben sich bei einer Tagung über die Situation der iranischen Wirtschaft und Pläne zur Werbung um ausländische Investoren in Teheran getroffen. Eine ähnliche Tagung wurde bereits vor zwei Jahren veranstaltet. Ziel der Tagung war, iranische Botschaften zu mehr wirtschaftliche Aktivitäten zu bewegen.

Mohammad Chazai, Leiter des Amtes für Auslandsinvestitionen, beklagte, dass sich die diplomatischen Vertretungen Irans kaum um Investitionen ausländischer Unternehmer bemühen würden. Bisher habe noch keine einzige Botschaft mit seinem Amt Kontakt aufgenommen.

Iran bemüht sich seit einem Jahrzehnt um ausländische Unternehmen, zunächst ohne Erfolg. Erst in den vergangenen zwei Jahren, nachdem das Parlament Erleichterungen für ausländische Investoren beschlossen hatte, ging es mit den Investitionen aufwärts. Nach den neuesten Statistiken betragen im Jahr 2001 die Auslandsinvestitionen in Iran 69 Millionen Dollar, im Jahr 2002 steigerte sich die Summe auf 618 Millionen und erreichte 2003 die Höhe von 1,8 Milliarden Dollar. In den vergangenen vier Monaten wurden Investitionsanträge in Höhe von insgesamt 4 Milliarde Dollar gestellt. Das ist so viel wie in den letzten vergangenen zehn Jahren insgesamt.

Ebrahim Scheibani, Direktor der Zentralbank, bewertete die jüngste Entwicklung positiv und fügte hinzu: „Obwohl zurzeit eine große Neigung zu Investitionen an der Börse spürbar ist, verhalten sich die Verantwortlichen aus Furcht vor einem Missverhältnis auf dem Kapitalmarkt recht zurückhaltend.“

Neben den vom Parlament beschlossenen Erleichterungen für ausländische Investoren wurden entsprechende Verbesserungen im Steuersystem und bei Zolltarifen vorgenommen. Doch das neue Parlament, in dem die Konservativen die absolute Mehrheit besitzen, könnte die erzielten Erfolge wieder zunichte machen. Die Mehrheit der Abgeordneten hat in dem von der Regierung vorgelegten 4. Fünfjahresplan gravierende Änderungen vorgenommen, die sich auch zum Nachteil der Auslandsinvestitionen auswirken könnten.



Safdar Hosseini, Minister für Wirtschaft und Finanzen, meinte, die niedrigen Kosten der Arbeitskraft und der leichte Zugang zu Rohstoffen gehören zu den Vorteilen, die Iran ausländischen Investoren bieten kann. Außenminister Kamal Charrasi ergänzte: „Eine Außenpolitik, die nach Konsens strebt und Konflikte zu lösen versucht, bereitet den Boden für die wirtschaftliche Zusammenarbeit.“ Er versprach, dass die diplomatischen Vertretungen Irans sich in Zukunft mehr um wirtschaftliche Angelegenheiten kümmern werden.

Erste offiziell zugelassene BMWs in den Iran geliefert

Die Autofirma BMW hat nach Jahren wieder Fahrzeuge in den Iran geliefert. Wie ein Vertreter des Münchener Unternehmens bekannt gab, haben zehn offiziell zugelassenen BMWs Iran bereits erreicht. Zwei Modelle der 5er-Reihe hätten schon den Zoll passiert, für acht weitere Wagen würden bald die Formalitäten erledigt. Alle Fahrzeuge hätten bereits vor der Lieferung Käufer gefunden.

Iran hatte erst im Jahr 2003 den Import von ausländischen Fahrzeugen genehmigt, aber hohe Schutzzölle erhoben. Diese belaufen sich auf mindestens 130 Prozent des Verkaufspreises. Es können aber auch 300 Prozent sein. So wurden die zehn BMWs, die in Deutschland rund 45.000 Euro gekostet hatten, in Iran für 120.000 Euro, einschließlich Transportkosten, verkauft. Um so viel Geld zu verdienen, muss ein iranischer Stadtbewohner im Schnitt 38 Jahre lang arbeiten.

III. Außenpolitik

Teheran attackiert USA und Israel

Irans Verteidigungsminister Ali Schanchani hat der USA mit militärischer Gewalt gedroht. „Wir werden nicht mit verschränkten Armen dasitzen und darauf warten, was andere gegen uns unternehmen“ sagte Schamchani dem arabischen Fernsehsender El Dschasira. Die USA sollten wissen, dass „ein Präventivschlag kein amerikanisches Monopol ist“. Auf die Frage, ob er einen Angriff der USA oder Israels auf iranische Atomanlagen für möglich halte und wie Iran darauf reagieren würde, sagte der Minister, Teheran würde einen solchen Angriff als Kriegserklärung gegen Iran ansehen und ihn „mit allen unseren Mitteln zurückschlagen“. Er sei sicher, dass jede möglich militärische Aktion, die Israel ausführe, mit dem USA abgesprochen sei. „Uns ist klar, dass Israel ein böses Gebilde ist. Wir wissen auch, dass Israel keine Militäroperation ohne grünes Licht aus Amerika starten wird.“

Schanchani konkretisierte seine Drohung, in dem er sagte, die USA seien nicht die einzige Macht, die in der Region militärisch präsent sei. „Wir sind auch da, in Afghanistan und am Persischen Golf und wir können auch, wenn wir wollen, im Irak präsent sein. Sollte ein Angriff gegen Iran stattfinden, würden die US-Streitkräfte im Irak „Geiseln in iranischen Händen“ werden.

Auch der kommandierende General der Militär-Organisation „Wächter der Revolution“, Mohammad Bagher Solghadr, äußerte sich vor der iranischen Presse über einen möglichen Angriff Israels auf iranische Atomanlagen. Sollte Israel einen solchen Angriff wagen, werde Iran im Gegenzug den israelischen Atomreaktor Dimona bombardieren. Dann werde Israel „für die Folgen dieses schrecklichen Schrittes die Verantwortung tragen“.

Die schroffen Äußerungen der iranischen Militärs sind als Reaktionen auf die in den letzten Wochen verschärften Attacken Tel Avivs und Washingtons gegen das iranische Atomprogramm zu verstehen. Israel scheint davon überzeugt zu sein, dass Iran den Bau von Atombomben plant. Israels Militärgeschäftschef General Aharon Seevi Farsh sagte kürzlich im israelischen Fernsehen, „Iran hat nicht die Absicht, sein



Atomprogramm zu beenden. Und wenn es ihm gelingt, es bis Frühjahr 2005 fortzusetzen, wird es in den darauf folgenden zwei Jahren die Atombombe besitzen." Nach Berichten der israelischen Presse haben Israels Geheimdienst und Armee der Regierung bereits Pläne zur Bombardierung iranischer Atomanlagen vorgelegt.

Auch die USA haben in den letzten Wochen, nachdem sowohl das iranische Parlament als auch die Regierung ihre Entschlossenheit bekundeten, „das Programm zu friedlicher Nutzung der Atomenergie“ fortzusetzen, den Druck auf Teheran erheblich verschärft. US-Außenminister Colin Powell erklärte, Washington werde darauf drängen, im iranischen Atomkonflikt den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, um mögliche Sanktionen gegen Iran zu beschließen. Auch die EU scheint nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Iran, die Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Juli in Paris geführt haben, allmählich die Hoffnung auf diplomatischen Lösungen aufgegeben und sich dem harten Kurs Washingtons angenähert zu haben.

Alle Zeichen deuten darauf hin, dass Iran, nachdem die Konservativen bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit errungen haben, zunehmend in die Isolation gerät. Die Gefahr, dass tatsächlich ein militärischer Angriff der USA oder Israels gegen Iran stattfindet, scheint trotz der Erfahrungen im Irak nicht mehr ausgeschlossen. Im Gegenteil. Ein amerikanischer Diplomat sagte: „Solange in Iran die Konservativen an der Macht sind, wird es im Irak keinen Frieden geben.“

Konflikt zwischen Iran und Irak spitzt sich zu

Überraschend und ohne Vorankündigung traf Iraks Vizepräsident Barham Saleh am 29. August in Teheran ein. Offiziell wurde der Besuch als Vorbereitung des ersten Staatsbesuchs des irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi Iran deklariert. Doch politische Beobachter sind sich darin einig, dass es vielmehr darum ging, die in den letzten Wochen eskalierten Konflikte zwischen den Nachbarländern zu schlichten und deren Verschärfung zu vermeiden.

Die Auseinandersetzungen basieren auf dem sowohl von der irakischen Regie-

rung als auch von den USA erhobenen Vorwurf, Iran mische sich in irakische Angelegenheiten ein, unterstütze den Widerstand gegen die Besatzungsmächte und torpediere jeden Versuch, im Irak Frieden herzustellen.

Anfang August hatte sich das US-Außenministerium besorgt über Teherans angebliche Verbindungen zu den Milizionären des irakischen Predigers Moktada el Sadr geäußert. Iran „tue möglicherweise nicht alles, um die nationale Aussöhnung und die Stabilität im Irak zu fördern“, sagte Vize-Außenamtssprecher Adam Ereli. Allerdings wollte Ereli Angaben des irakischen Übergangsverteidigungsministers Hasem Schaalan, wonach el Sadr's Milizionäre Waffen aus Iran bekommen, nicht bestätigen. Auch der Stellvertretende US-Außenminister Richard Armitage warf Iran und Syrien vor, nicht genug gegen das Eindringen ausländischer Kämpfer in den Irak über ihre Landesgrenzen zu unternehmen. An den Grenzen zum Irak fehle es an den nötigen Kontrollen, sagte Armitage der saudiarabischen Tageszeitung „El Hadrat“. Die USA seien sich bewusst, dass diese Grenzen sehr lang seien. „Gleichwohl erwarten wir mehr Anstrengungen zu deren Kontrolle“, sagte der Vize-Außenminister.

Iraks Verteidigungsminister Hasem Schaalan hatte in einem Interview mit der Washington Post Iran als „Hauptfeind des Irak“ bezeichnet. Iran mische sich in irakische Angelegenheiten ein, „um die Demokratie zu töten“, sagte der Minister. Er unterstütze den Terrorismus und schleuse „Feinde in den Irak ein“. Teheran kontrolliere irakische Grenzposten und entsende Saboteure und Provokateure ins Nachbarland. Selbst die irakische Übergangsregierung, ja sogar sein eigenes Ministerium seien von Iran infiltriert. Schon zuvor hatte der Minister im Gespräch mit einer arabischen Zeitung gedroht: „Wenn Iran weiterhin bewaffnete Aktionen im Irak unterstützt, dann bin ich persönlich bereit, Angriffe auf sein Territorium zu unternehmen.“

Iraks Ministerpräsident Ijad Allawi, der während einer Reise durch arabische Staaten die Äußerungen seines Kabinettsmitglieds zu Gehör bekam, schien über die Verbalattacken verwundert. Irak habe keine Feinde, sagte er. „Wir versuchen auf freundschaftlichem Weg unsere Probleme mit Iran zu



lösen.“ Aber auch er schien die Vorwürfe nicht ganz von der Hand weisen zu wollen. Um dies Teheran zu signalisieren, sagte er entgegen einer vorherigen Ankündigung seinen offiziellen Besuch in Iran ab.

Den Vorwürfen gegen Iran folgten bald auch Taten. Nach einem Bericht des Fernsehsenders Al-Arabija vom 8. August wurde der neue iranische Konsul in Kerbela, Fereidun Dschahani, von einer Gruppe mit dem Namen „Islamische Armee des Irak“ entführt. Die Videoaufnahme zeigte einen bärtigen Mann in weißem Hemd und dem Banner der Gruppe, die im vergangenen Monat zwei pakistanische Geiseln ermordet haben soll. Eine philippinische Geisel hatte sie freigelassen, nachdem die Regierung in Manila ihre Forderungen erfüllt und ihre Truppe aus dem Irak abgezogen hatte.

Zum Beleg dafür, dass es sich tatsächlich um den iranischen Diplomaten handelt, wurden mehrere Ausweise des Entführten gezeigt. Die Geiselnnehmer warfen dem Konsul vor, Volksgruppen aufgewiegelt und Unruhe gestiftet zu haben. Weiterhin bezichtigten sie Iran, sich in irakische Angelegenheiten eingemischt zu haben. Eine Morddrohung gegen den Konsul wurde dem Bericht des Fernsehsenders zufolge nicht ausgesprochen.

Wenige Tage nach der Entführung des Konsuls wurden der Büroleiter der amtlichen iranischen Nachrichtenagentur IRNA in Bagdad, Mostafa Darban und drei seiner Mitarbeiter unter dem Vorwurf der Spionage und Sabotage in Bagdad festgenommen. In den Tagen davor wurden laut einem Bericht der Nachrichtenagentur ISNA mehr als 1200 Iraner in Kerbela vorübergehend in Arrest genommen. Die meisten wurden nach Iran abgeschoben.

Die Regierung in Teheran lehnte die Vorwürfe entschieden ab. Das Außenministerium bestellte den irakischen Botschafter in Teheran ein und protestierte gegen die Festnahme iranischer Staatsbürger. Zugleich versuchte Teheran die Konflikte herunterzuspielen. Außenminister Kamal Charrasi forderte die „neuen Führer Iraks“ auf, „in dieser sensiblen Situation mehr Bedachtsamkeit walten zu lassen“. Das iranische Außenministerium untersuche den Fall Dschahanis in Zusammenarbeit mit irakischen Behörden, der britischen Botschaft in Teheran sowie der schwei-

zerischen Botschaft, die die Interessen der USA in Iran vertritt. „Uns liegen keine exakten Informationen über die Gründe und Motive der Geiselnahme vor“, hieß es in einer Erklärung des Ministeriums.

Anders als die Regierung wütete die rechte Presse in Iran gegen die irakische Regierung. Eine Zeitung bezeichnete den irakischen Verteidigungsminister als „Spion der USA“ und warf ihm „Raub des irakischen Volkseigentums“ vor. Eine andere Zeitung behauptete, mindestens drei Mitglieder der irakischen Übergangsregierung seien nachweislich langjährige Agenten der USA.

Auch Massenkundgebungen gegen die USA und Israel warnten, abgestimmt mit der rechten Presse, die irakische Übergangsregierung davor, sich als Marionette der USA instrumentalisieren zu lassen. Etwa 15000 Islamisten ließen sich in einer Liste registrieren, um als „lebende Märtyrer“ nach Nadschaf zu ziehen, um dort am „Heiligen Krieg des Islam gegen Ungläubige“ teilzunehmen. Prediger beim Freitagsgebet bekundeten offen ihre Sympathie für El Sadr, den sie als „Widerstandskämpfer“ gegen „das Heer des Teufels“ bezeichneten. Ein Parlamentsabgeordneter aus der Fraktion der Konservativen fordert sogar Unterstützung für den schiitischen Prediger.

Ob der Besuch des irakischen Vizepräsidenten in Teheran zu einer Wende in der Beziehung zwischen den Nachbarstaaten führen wird, ist höchst fraglich. Zwar wurden am Vorabend des Besuchs der IRNA-Korrespondent und seine Mitarbeiter freigelassen. Einige irakische Regierungsmitglieder richteten versöhnende Worte an die Adresse Teherans. Auch in Teheran wurde der Besuch als Geste der Freundschaft bewertet. Die amtliche Nachrichtenagentur IRNA bezeichnete den Besuch als „Botschaft des Friedens und der Freundschaft der irakischen Regierung und des irakischen Volkes“. Doch diese Bekundungen können über bestehende Konflikte nicht hinwegtäuschen.

Der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi erklärte nach der Ankunft Salehs am 29. August, die Festnahme iranischer Staatsbürger im Irak gehöre bei den Gesprächen zu den wichtigsten Themen.



Hassan Rohani, Chef des nationalen Sicherheitsrats Irans, sagte bei einem Treffen mit Vertretern der irakischen Regierung unter Hinweis auf den achtjährigen Krieg zwischen den beiden Ländern, beide Völker sollten die „bitteren Erinnerungen vergessen“ und „ein neues Kapitel ihrer gemeinsamen Geschichte aufschlagen“. Er versicherte dem irakischen Vizepremier, dass sein Land sich um die Stabilität Iraks bemühen werde. Zugleich verurteilte er die Aktivitäten jener Gruppen, die er als „Terroristen“ bezeichnete.

Saleh bekundete den Wunsch seines Landes, die Beziehungen zum Nachbarland Iran auszubauen. Beide Länder müssten ihre Zusammenarbeit, vor allem im Kampf gegen den internationalen Terrorismus intensivieren, betonte er.

Während Saleh noch in Teheran weilte, gaben internationale Agenturen bekannt, dass ein weiterer iranischer Journalist in Nadschaf verhaftet wurde. Es handelt sich um den Fotoreporter Hassan Ghaedi, der im Auftrag der Fars Agentur in den Irak gereist war. Auch das Schicksal des entführten iranischen Konsuls in Kerbela, Freydu Dschahani, bleibt weiterhin ungewiss.

Internationale Konferenz zur Lösung des Irak-Konfliktes vorgeschlagen

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur IRNA schlug der irakische Vizepremier Barham Saleh während seines offiziellen Besuchs in Teheran vor, zur Lösung des Irak-Konflikts eine internationale Konferenz einzuberufen. An dem Treffen sollten die Mitgliedsländer des UN-Sicherheitsrats, der G8-Staaten, der Islamischen Konferenz-Organisation (OIC) sowie die des Golfkooperationsrates (GCC) teilnehmen.

Bereits zuvor hatte Irans Staatspräsident Mohammad Chatami vorgeschlagen, so rasch wie möglich eine Sitzung der Islamischen Konferenz-Organisation einzuberufen. In einem Telefongespräch mit dem Vorsitzenden der OIC, Abdullah Ahmad Badawi, zeigte er sich über die Lage in der heiligen Stadt Nadschaf äußerst besorgt. „Im Irak spielt sich eine menschliche Katastrophe ab“, sagte Chatami und forderte Badawi auf, zur Lösung der Konflikte im Irak eine Krisensitzung zu organisieren.

Die syrische Regierung erklärte ihre Unterstützung für die iranische Initi-

ative. Die USA hingegen riefen Teheran dazu auf, keine schädlichen Schritte zu unternehmen und die irakische Übergangsregierung zu unterstützen. Iran sollte der Regierung in Bagdad in ihren Bemühungen um eine freie und friedliche Zukunft zur Seite stehen, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Scott MacClellan.

Auch Irans Außenminister Kamal Charrafi hatte ein Gipfeltreffen der irakischen Nachbarstaaten vorgeschlagen. Doch diese Vorschläge erübrigten sich offenbar, nachdem sich durch die Rückkehr des irakischen Geistlichen Großayatollah Sistani die Lage in Nadschaf beruhigt hatte.

Iran testete neue Version der Mittelstreckenrakete Schahab-3

Nach Angaben des Teheraner Verteidigungsministeriums hat Iran eine neue Version der Mittelstreckenrakete Schahab-3 getestet. Der Test der ballistischen Rakete sei erfolgreich verlaufen, hieß es in einer Erklärung des Ministeriums, die durch die Nachrichtenagentur Irna veröffentlicht wurde.

Zuvor hatte bereits Irans Verteidigungsminister Ali Schamchani erklärt, Iran sei dabei, die Reichweite und Zielgenauigkeit der Schahab-3 zu verbessern. Dies sei eine Antwort auf die Verbesserung der israelischen Raketen-technik. Die in Iran hergestellte Rakete, mit der die Revolutionsgarden im Juli 2003 ausgerüstet wurden, hat eine Reichweite von 1.300 Kilometern. Iran hatte bereits in den achtziger Jahren während des Krieges gegen Irak mit seinem Raketenprogramm begonnen. Seit 1992 baut Iran seine eigenen Panzer, Raketen und Kampffjets.

Iran baut auch eine Schahab-4 Rakete, die jedoch nur für Satellitenstarts verwendet werden soll. Der Kommandeur der Revolutionsgarden Yadollah Daschavani sagte der studentischen Nachrichtenagentur ISNA, Israel liege nun in Reichweite iranischer Raketen. Diese könnten sogar strategische Einrichtungen treffen. Die iranische Staatsführung hat stets Israel und die USA vor einem Angriff gegen Iran gewarnt, zugleich aber betont, dass die Raketen nur der Verteidigung des Landes dienen.

Angaben zum iranischen Atomprogramm

Assadollah Saburi, Stellvertretender Leiter der iranischen Atombehörde, legte bei einer Pressekonferenz in Teheran die neuesten Daten über das iranische Atomprogramm vor. Bei dem Vertrag mit Russland über den Bau von Atomanlagen handele es sich längst nicht mehr um die ursprünglich vorgesehene Summe von 800 Millionen Dollar. Inzwischen würden die anfallenden Kosten eine Milliarde Dollar überschreiten, sagte Saburi.

Die Anlage in der südiranischen Stadt Bushihr, mit deren Bau die Firma Siemens zu Schahs Zeiten begonnen hatte, habe, nachdem die Deutschen den Bau halbfertig verlassen hätten, zu ihrer Fertigstellung weitere 48 tausend Tonnen Material bedurft. Etwa 11 tausend Tonnen seien vom alten Bestand übernommen worden. Von den restlichen 37 Tonnen konnten 9 tausend Tonnen im Inland hergestellt werden, 28 tausend Tonnen müssen importiert werden. Bisher seien 84 Prozent des Materialbedarfs gedeckt. Nach Saburis Einschätzung werde der Bau 2005 fertig gestellt und könne etwa Mitte 2006 in Betrieb genommen werden.

Sowohl Saburi als auch sein Mitarbeiter Sia Scheikh al Eslami stellten die Lage als unproblematisch dar, obwohl sie wissen, dass das iranische Atomprogramm umstritten ist. Solange die Internationale Atombehörde (IAEA) in Wien kein grünes Licht gegeben hat, kann das Programm nicht ohne Probleme fortgesetzt werden.

Saburi sagte, sein Amt habe den Strombedarf Irans bis zum Jahr 2012 festgestellt. Der werde bei 65 tausend Megawatt liegen, was eine Gesamtkapazität von 70 tausend Megawatt voraussetzt. Der Atomreaktor in Bushihr mit einer Kapazität von 1000 Megawatt könnte bis dahin lediglich 10 Prozent des Bedarfs decken.

Saburi meinte, Iran könne nicht warten, bis die erste Phase des Reaktorbaus abgeschlossen ist, um dann an weitere Projekte zu denken. „Wir brauchen mehrere Reaktoren“, sagte Saburi. Auf die Frage, ob Iran bereit wäre, neben Russland auch amerikanische und europäische Firmen mit dem Bau von Reaktoren zu beauftragen, sagte er: „Soweit wir informiert sind, gibt es in der Welt nur wenige Länder, die über diese Technologie verfügen und imstan-

de sind, solche Reaktoren zu bauen. Wir haben bisher Angebote aus Europa erhalten. Zwei große Firmen haben bereits ihre Bereitschaft bekundet, mit uns Verträge abzuschließen. Über die Zusammenarbeit mit amerikanischen Unternehmen kann ich keine klare Auskunft geben, denn unsere Beziehung zu den USA geht über den Rahmen einer technischen Zusammenarbeit, die ich zu verantworten habe, hinaus.

Auf die Frage, wie weit die Aussetzung der Urananreicherung das Projekt in Buschihr beeinträchtigt bzw. verzögert habe, sagte Saburi, dieses Thema habe mit dem Reaktorbau in Buschihr nichts zu tun. Das Projekt werde planmäßig fortgesetzt.

Zu der Frage nach der Sicherheit des Reaktors und eines möglichen Angriffs von Außen sagte Saburi, dafür sei sein Amt nicht zuständig. Jedenfalls werde der Reaktor nicht in Betrieb genommen, solange die Fragen der Sicherheit nicht geklärt seien. Von den technischen Voraussetzung her betrachtet eigne sich der Standort Buschihr für Atomreaktoren. Das Gebiet sei erdbebensicher, es gäbe ausreichend Wasser und auch der Boden biete die erforderlichen Voraussetzungen. Hier könnten vier Reaktoren gebaut werden.

Deutscher Botschafter in Teheran gibt Tageszeitung Schargh ein Interview

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Iran, Paul Freiherr von Maltzahn, gab der Tageszeitung Schargh ein ausführliches Interview, das wir im Folgenden zusammenfassen.

Er sei bestrebt, zu allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Fraktionen Kontakt aufzunehmen, sagte der Botschafter. Dadurch könne er sich genau über das politische Spektrum informieren. Für ihn sei es selbstverständlich, auch mit der Tageszeitung Keyhan (ein Organ der rechten Islamisten) ein Gespräch zu führen, denn dadurch könne er auch die Ansichten jener erfahren, die als Gegner der Verhandlungen mit den drei europäischen Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich gelten. Es sei langweilig, immer mit Menschen zu reden, mit denen man einer Meinung sei.

Von Maltzahn hatte die Parlamentarier der Reformfraktion, die in der vergangenen Legislaturperiode gegen die Be-



schlüsse des Wächterrats streikten, besucht und sie seiner Solidarität versichert. Er hatte auch den Großayatollah Ali Montazeri besucht, der als wichtigster geistlicher Widersacher von Revolutionsführer Ali Chamenei gilt. In diesen Tagen besucht er konservative Abgeordnete des neuen Parlaments, um Verhandlungen über die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum internationalen Atomsperrvertrag zu führen. Seiner Ansicht nach gehöre der Atomkonflikt zu den Fragen, die die nationalen Interessen des Landes betreffen. Die Gegner der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls bezeichnete er als Gruppen und Parteien, die diese Interessen außer Acht lassen.

Gefragt zu seinem Verhältnis zum neuen Parlament, sagte von Maltzahn, früher habe man nur mit den Reformern Gespräche geführt. Dies sei ein Fehler gewesen. Zwar habe er bei den Gesprächen mit den Konservativen noch keine positiven Ergebnisse erzielt. Doch es sei richtig, beide Seiten zu hören und einen Konsens zwischen den verschiedenen politischen Strömungen herzustellen. Bezüglich des Atomkonflikts gäbe es auch nach der neuen Kräftekonstellation keine wesentlichen Veränderungen, denn man habe auch früher über das iranische Atomprogramm hauptsächlich mit Vertretern der Konservativen verhandelt. Die Sachkenntnis und Verhandlungsfähigkeit der Konservativen sei beeindruckend. Er habe bisher bei den Gesprächen mit Konservativen die Erkenntnisse gewonnen, dass sie sehr pragmatisch an die Probleme herangehen.

Auf die Frage nach den Beziehungen Irans zu EU äußerte sich der Botschafter zurückhaltend. Es werde weiterverhandelt. Es sei bedauerlich, dass Iran auf die letzte Resolution des Gouverneursrats der IAEA so gereizt reagiert habe. „Wir sind der Meinung, dass wir unsere Vereinbarungen mit Iran eingehalten haben. Wichtig ist, dass man über die Konflikte miteinander spricht. Deshalb werden die Verhandlungen bald wieder aufgenommen.“

Angesprochen auf die Äußerungen des Chefs des Nationalen Sicherheitsrats, Hassan Rohani, der die Vereinbarungen mit der EU als erledigt bezeichnet hatte, weil die Europäer sich nicht daran gehalten hätten, sagte von Maltzahn: „Ich denke, Herr Rohani steht innenpolitisch unter Druck, genauso wie wir unter Druck stehen.“
Zwar erhalte Rohani von offizieller

Seite Unterstützung, doch es gäbe auf der anderen Seite zahlreiche Stimmen, die die Verhandlungen mit der EU als Fehler bezeichnen. Andere seien sogar der Meinung, dass Iran den internationalen Atomsperrvertrag kündigen und eigene Wege gehen sollte. Eine dritte Gruppe habe nichts gegen Verhandlungen mit der EU einzuwenden, stelle jedoch die Frage, was die Verhandlungen bisher gebracht hätten. Dies zeige, dass zu hohe Erwartungen erweckt worden seien. Iran müsse zunächst sein Atomprogramm vollständig offen legen und die Konflikte mit der Atombehörde beseitigen. „Wir haben - wie verabredet - verhindert, dass die Akte Irans an den UN-Sicherheitsrat weitergeleitet wurde. Die endgültige Schließung der Akte hängt vom Verhalten Irans ab“, sagte der Botschafter.

Auf die Frage, ob seitens der USA auf die EU bzw. auf Deutschland, England und Frankreich Druck ausgeübt werde, sagte von Maltzahn, die USA seien von Anfang an der Meinung gewesen, dass der Weltsicherheitsrat sich mit dem iranischen Atomprogramm befassen müsse, damit gegen das Land Sanktionen beschlossen werden könnten. „Damit sind wir nicht einverstanden“, betonte der Botschafter. „Deshalb kommen die USA immer mit neuen Vorwürfen und Argumenten. Auf jeden Fall üben die USA auf die drei EU-Staaten Druck aus, aber wir haben nach wie vor unsere eigene Meinung.“

Zu den Beziehungen zwischen Iran und der EU meinte der Botschafter, Voraussetzung dafür seien die vier bekannten Bedingungen, wovon das iranische Atomprogramm die wichtigste sei. Aber auch Fragen der Menschenrechte, wie der Tod der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi spielen eine wichtige Rolle. Allein dieser Fall könne ein großes Hindernis bilden.

Der Botschafter plädierte für die Fortsetzung des Dialogs, selbst dann, wenn man dabei keine konkreten Ergebnisse erzielen könnte. Über die Beziehung zwischen Deutschland und Iran, insbesondere nach der Errichtung des Mykonos-Denkmal sagte von Maltzahn: „In Europa leben viele Iraner. Das hat Vor- und Nachteile. Grundsätzlich sind die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gut. Doch gelegentlich werden sie gestört. Es gibt in Deutschland unterschiedliche Gruppen von Iranern, die sich manchmal den deutsch-

iranischen Beziehungen in den Weg stellen.“

Auf die Frage, wie weit die politischen Veränderungen in Iran die Beziehungen des Landes zur EU beeinträchtigen könnten, antwortete der Botschafter: „Wir haben es nicht mit der iranischen Regierung, sondern mit dem iranischen Staat zu tun. Jedenfalls sind unsere Bedingungen klar formuliert. Der Dialog muss fortgesetzt werden, bis wir das angestrebte Wirtschaftsabkommen erreichen. Das Problem des Terrorismus ist noch nicht gelöst. Und wir sind gespannt, wie Iran in Zukunft mit der Frage des Friedens im Nahen Osten umgehen wird. Wir erwarten zwar nicht, dass Iran diplomatische Beziehung zu Israel aufnimmt. Aber die Realitäten müssen auf jeden Fall berücksichtigt werden.“

Iran kauft in Deutschland Technologie für Atombomben

Nach neuesten Erkenntnissen der Geheimdienste in Deutschland hat Iran sich in Deutschland ein Beschaffungsnetz für Zentrifugen-Bauteile zur Urananreicherung aufgebaut. Laut ddp sagte ein Vertreter des Staatsschutzes: „Wir suchen immer die Nadel im Heuhaufen. Die Tarnung in den Geschäftsabläufen mit Scheinfirmen ist so perfekt, dass alles ganz legal erscheint.“ Dem Bericht zufolge stehen etliche deutsche Firmen im Verdacht, dem islamischen Staat beim Aufbau von Atomanlagen zu helfen. Teheran sei bestrebt, den gesamten Brennstoffkreislauf, einschließlich der Urananreicherung und Brennstoffwiederaufbereitung, selbst zu organisieren.

Nach Darstellung deutscher Geheimdienstler strebt Teheran nicht den Erwerb von „Endprodukten“ an. Es sei eher am Kauf von Einzelteilen interessiert, um die „Dual-Use-Güter“ in seinen atomaren Anlagen „umzumünzen“. Bestellungen oder Käufe werden durch iranische Geheimdienstler getätigt. Dazu werden zumeist kleine, unbekannte Firmen, die von in Deutschland lebenden Iranern geführt werden, eingesetzt. Schwerpunkte der gesetzeswidrigen Beschaffungsaktivitäten liegen im Hamburger Raum, dem schleswig-holsteinischen Umland, im Rhein-Main-Gebiet und in der Region Köln/Düsseldorf. Die Waren werden zumeist über deutsche Strohmänner geor-

dert und über Österreich oder die Schweiz nach Iran transportiert.

Die „heißen Deals“ werden laut ZKA auch über die Vereinigten Arabischen Emirate abgewickelt. Eine herausragende Rolle spielen dabei die „Jebel Ali Freezone“ in Dubai. Dort seien über 2000 Firmen ansässig, die alle an sie gelieferten Waren aus dem Bereich „Dual-Use-Güter“ an den Iran, aber auch an Libyen, Nordkorea, Pakistan und Syrien weiterleiten.

Deutscher Forscher will in Iran erdbebensichere Häuser bauen

Der Kasseler Architekturprofessor Gernot Minke will in der vom Erdbeben zerstörten südiranischen Stadt Bam einsturz sichere Lehmhäuser bauen. Bei dem verheerenden Erdbeben der Stärke 6,3 waren am 26. Dezember 2003 mindestens 30.000 Menschen getötet worden.

Nach eigenen Angaben will der Professor Anfang September nach Iran reisen, um regionalen Regierungsvertretern seine Pläne vorzustellen. Er gab an, in der Lage zu sein, auch mit traditionellen Lehmziegeln erdbebensichere Häuser zu bauen. Das Forschungslabor für Experimentelles Bauen an der Universität Kassel hat unter der Leitung Minkes mehrere Modelle erdbebensicherer Häuser aus Lehm entwickelt und Prototypen in Chile, Mexiko, Bolivien und Ecuador errichtet.

In Bam möchte der Professor ein von ihm erfundenes Spannsystem zur Absicherung von Kuppeln und Tunnelgewölben vorstellen. An den Gebäuden angebrachte Stahlbänder sowie Baustahlmatten sollen dafür sorgen, dass sich bei Erdbeben verformte Gewölbe anschließend in ihre ursprüngliche Form zurückziehen und einen Einsturz verhindern. Wenn Lehmbauten wie im Iran bei Beben einstürzen, habe dies oft behebbare Ursachen, sagte Minke. Wände würden häufig zu dünn gemauert und nicht durch Ringbalken stabilisiert, falsche Grundrisse und zu große Fensteröffnungen gewählt.

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert in Bam. Die Nachrichtenagentur IRNA berichtet, das BMZ habe 2 Millionen Euro für den Bau einer Berufsschule für Mädchen in Bam zur Verfügung gestellt.